



CDU REGIONALRAT
KÖLN



REGIONALRATS- REPORT

Ausgabe 51/Dezember 2012

Bundesverkehrswegeplan 2015: Bereich Straße

Schwarz-Gelbe Mehrheit setzt sich durch

Der Regionalrat Köln ist aufgefordert, dem Land NRW für den Bereich „Straße“ bedarfsplanrelevante Projekte für den neu aufzustellenden BVWP per regionalem Votum zu melden.

In seiner Sitzung am 14. Dezember 2012 hat der Regionalrat in Abstimmung mit den Kommunen eine kommunale Maßnahmenliste mit insgesamt 84 Straßenbauprojekten beschlossen, die zur Überprüfung angemeldet werden sollen.

Dabei sorgten die Grünen für einige Unstimmigkeiten, indem sie über jedes Straßenbauprojekt einzeln abstimmen ließen. Karsten Möring, verkehrspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion, hatte dafür wenig Verständnis: „Die Vorgehensweise der Grünen war absolut ideologisch motiviert und völlig unlogisch. Wenn man schon einzeln abstimmen lässt, sollten ablehnende Voten zumindest begründet werden.“ Beispielsweise stimmten die Grünen der Ortsumgehung Weiler in der Ebene auf der B265 zu, die Ortsumgehung Hürth/Köln-Militärring, ebenfalls auf der B265 und ein problematischer Verkehrspunkt, lehnten sie unbegründet ab. Zudem schienen sich die Grünen selbst untereinander nicht einig zu sein. Mal wurde geschlossen gegen ein Projekt votiert, mal stimmten einige dafür und einige dagegen. Dieses Abstimmungsverhalten wurde vor allem der Intention des regionalen Votums nicht gerecht. Ziel des

Votums ist es nicht, Projekte konkret für die Umsetzung zu beschließen oder zu priorisieren. Das Regionalratsvotum bezog sich lediglich auf die Anmeldung für die Eignungsüberprüfung für den Bundesverkehrswegeplan. Entscheidend für die letztendliche Aufnahme in den Plan ist das Ergebnis einer Kosten-Nutzungs-Rechnung.

Die Fraktionen von CDU und FDP sorgten jeweils mit einem Mehrheitsentscheid dafür, dass alle Projekte zumindest einer Überprüfung unterzogen werden. „Jede Kommune und jedes Straßenbauprojekt sollte die gleiche Chance haben, in den Plan aufgenommen zu werden. Eine Priorisierung zu diesem Zeitpunkt des Verfahrens ist ob der fehlenden Bewertungskriterien völlig unangebracht“, bekräftigt CDU-Fraktionsvorsitzender Stefan Götz.

Eine Priorisierung der geeigneten Projekte durch den Regionalrat ist für einen späteren Zeitpunkt vorgesehen.



Allein 336 Bundesstraßenbauprojekte aus NRW stehen im BVWP 2003

Liebe Leserinnen,
liebe Leser,



bei jedem politischen Beschluss, den ein demokratisch gewähltes Parlament trifft, gibt es Argumente dafür und dagegen. Ob es sich dabei um das Betreuungsgeld, weitere finanzielle Hilfen für Griechenland, das Nichtraucherschutzgesetz oder die Absenkung der Rentenbeiträge handelt: Jede Medaille hat zwei Seiten.

Zu beobachten ist dies aktuell vor allem beim Thema „Energiewende“. Jeder will sie, aber keiner möchte den Preis dafür bezahlen. Natürlich liegt auch hier die Crux im Detail.

Wie hoch der genaue Preis für ein Pumpspeicherkraft am Rursee in der Eifel sein wird, muss im Detail noch erörtert werden. Der Regionalrat berät dazu in seiner nächsten Sitzung im März 2013.

Der Vorstand der CDU-Fraktion wird sich im Vorfeld bei einer Klausurtagung vor Ort beide Seiten der Medaille intensiv anschauen und anschließend mit der Fraktion das Für und Wider abwägen und zu einer verantwortungsvollen und verantwortbaren Entscheidung kommen.

Ihr

Stefan Götz
(Vorsitzender der CDU-Fraktion im Regionalrat Köln)

Themen dieser Ausgabe

- Seite 1: Vorwort
BVWP Straße
- Seite 2: Phantasieland
- Seite 3: Wasserspeicherkraftwerk Rursee
- Seite 4: Fraktion unterwegs, Termine

CDU-Fraktion erwartet zügige Umsetzung des Genehmigungsverfahrens

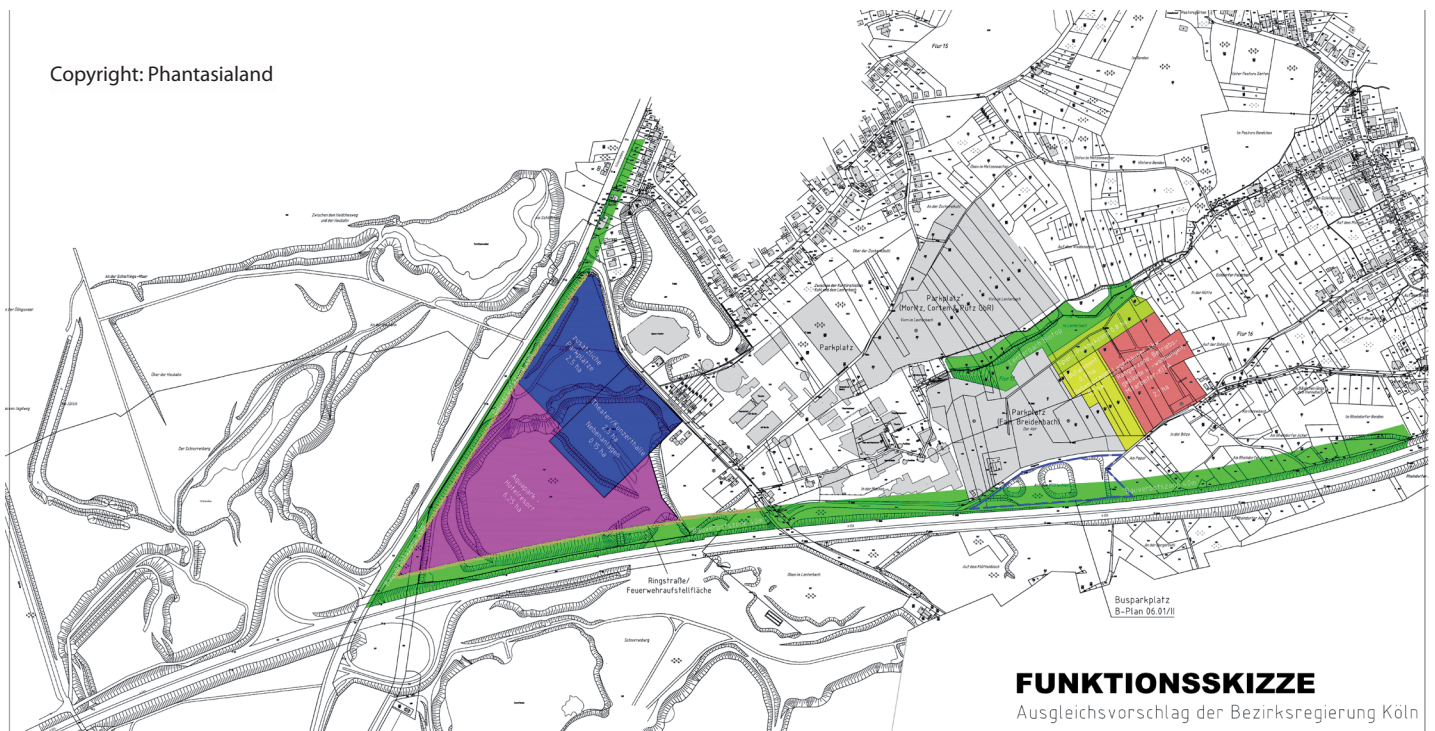
Phantasialand erhält Perspektive

Der Regionalrat Köln hat in seiner Sitzung am 14. Dezember mit großer Mehrheit die Erweiterung des Phantasialands bei Brühl ermöglicht. Das knapp 10 Jahre andauernde Verfahren ist damit abgeschlossen. CDU-Fraktionsvorsitzender Stefan Götz zeigt sich erleichtert: „Wir haben im regionalen Konsens endlich ein Ergebnis erzielt, das dem Phantasialand Planungs- und Rechtssicherheit für die weiteren Schritte gewährt. Vor allem für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Freizeitparks und die gesamte Region ist dieser Beschluss ein schönes Weihnachtsgeschenk.“

Der Ausgleichsvorschlag der Bezirksregierung kam letztendlich zu dem Schluss, dass alle Eingriffe in die Natur ausgleichbar sowie artenschutzrechtliche Fragen gelöst werden können. Die Waldbilanz wird sich nach einem möglichen Waldaustausch ebenfalls positiv darstellen. „Vor allem die lange ungeklärten und letztendlich beantworteten Fragen hinsichtlich des Ausgleichs haben einen

Durchbruch im Verfahren erwirkt. Alle Parteien und Verfahrensbeteiligten sind aufeinander zu gegangen und haben die heutige Entscheidung so möglich gemacht“, so Götz. Regionalratsvorsitzender Rainer Deppe (CDU) ergänzt: „Es ist nun wichtig, das angestrebte Ziel der Erweiterung auf allen Ebenen weiterhin im Konsens zu verfolgen. Wir alle wollen, dass das heutige Ergebnis auch Realität wird und das Phantasialand auch langfristig als Highlight in unserem Regierungsbezirk erhalten bleibt.“

Die Staatskanzlei sowie die fachlich betroffenen Landesministerien haben nun die Möglichkeit, innerhalb einer Frist von drei Monaten auf Basis einer Rechtsprüfung ggf. Einwände gegen die Regionalplanänderung vorzubringen. Götz ist sich sicher, dass aus Düsseldorf mit keinen Einwänden mehr zu rechnen ist. „Das wäre ein fatales Zeichen nicht nur für das durchgeführte Verfahren, sondern auch allgemein für den Wirtschaftsstandort NRW“, so Götz.



Die Erweiterungsfläche im Westen umfasst ca. 11,4ha. Dort soll neben einer weiteren Fläche für Parkplätze auch eine Konzert und Theaterhalle sowie ein großes Aquahotel-Resort entstehen. Auf der Erweiterungsfläche im Osten (ca. 4ha) werden unter anderem eine Mitarbeiter-Kita sowie Edutainment und Spielangebote realisiert. Problematisch bleibt, dass für neue klassische Freizeitparkattraktionen im bestehenden Park weiterhin alte Attraktionen abgerissen werden müssen.

Braunkohlenausschuss: Umsiedlungsprozesse auf gutem Weg

Morschenich kann „umziehen“; Keyenberg hat Standort gewählt

Der Braunkohlenausschuss hat in seiner Sitzung am 05. November die Anregungen im Braunkohlenplanverfahren „Umsiedelung Morschenich“ entsprechend den Stellungnahmen der Bezirksregierung Köln beschlossen und somit den Weg für die Umsiedelung der Morschenicher Bevölkerung an den Standort „Zwischen den Höfen“ der Gemeinde Merzenich freigemacht. Am 20. Juni 2010 hatten sich die Morschenicher Einwohner mit einer deutlichen Mehrheit von 77,2% für diesen Standort ausgesprochen. Mit der Genehmigung des Braunkohlenplans durch die Staatskanzlei wird im Mai 2013 gerechnet. Der Umsiedelungsbeginn wurde auf den 02. Dezember 2013 festgelegt.

Die Umsiedelung der Ortschaft Morschenich ist aufgrund der Fortschreitung des Braunkohletagebaus Hambach notwendig geworden und soll dem Ab-

baufortschritt folgend 2024 abgeschlossen sein.

Im Braunkohlenplanverfahren „Umsiedelung Keyenberg, Kuckum, Unter-/Oberwestrich und Berverath“ hat am 25. November die Wahl eines Umsiedelungsstandorts stattgefunden. Zur Wahl standen die Standorte Schwanenberg und Erkenlenz-Nord. Im Ergebnis wurde mit 66,7% der Standort Erkenlenz-Nord gewählt. Der Arbeitskreis zu diesem Umsiedlungsverfahren hatte am 31.10. zum ersten mal getagt und die Fortführung der Planungen beschlossen. Bei einem vergleichbar reibungslosem Verfahrensverlauf wie in Morschenich wird mit dem Beschluss des Braunkohlenausschuss im Dezember 2014 und dem Beginn der Umsiedelung Ende 2016 gerechnet. Die Verlegung der Ortschaften wird aufgrund der Fortschreitung des Braunkohletagebaus Garzweiler II notwendig.

Pumpspeicherkraftwerk Rursee: Aufstellungsbeschluss für März-Sitzung erwartet

Zuspruch aus Simmerath, Gegenwind aus Heimbach

Der Preis der Energiewende ist hoch. Diese Tatsache ist nicht nur durch Zahlen auf der Stromrechnung ablesbar. Wie hoch der Preis des von Trianel geplanten Pumpspeicherkraftwerks am Rursee sein wird, ist noch offen. Neben der eigentlichen Aufgabe des Werks, Strom durch Wasserkraft zu speichern, stehen derzeit ein Investitionsvolumen von rund 700 Millionen Euro sowie unvermeidbare Eingriffe in die Natur und Belastungen für die Tourismusbranche in der Bilanz. Der Rat der Stadt Simmerath hat sich eindeutig für, der Rat der Stadt Heimbach einstimmig gegen das Projekt ausgesprochen. Der Regionalrat Köln wird voraussichtlich im März 2013 entscheiden, ob die nötigen Flächen für das Projekt zur Verfügung gestellt werden. „Auch wenn der Regionalrat das Projekt vor einem Jahr durchaus positiv bewertet hat, gehen wir als CDU-Fraktion ergebnisoffen in die Beratungen“, versichert Fraktionsvorsitzender Stefan Götz. „Erst wenn alle Fakten und Rahmenbedingungen klar sind, werden wir innerhalb der Fraktion eine Entscheidung treffen“, so Götz.



Nördlich der Ortschaft Woffelsbach soll zwischen Schmidt und Strauch das Oberbecken entstehen

Der Widerspruch aus Heimbach liegt vor allem in der geplanten Trasse der Hochspannungsleitung begründet. Die Planungen für die Trasse sind mittlerweile geändert und die ursprüngliche Freiluftleitung soll durch eine Erdverkabelung ersetzt werden. Der Rat der Stadt Heimbach wird diesbezüglich am 20. Dezember erneut beraten und eine aktuelle Stellungnahme an die Bezirksregierung schicken. Unklar sind derzeit noch die konkreten Auswirkungen auf den Wassersport. Deshalb halten sich die Wassersportvereine mit einer Bewertung des Projekts noch zurück. Allgemein gelobt wird die Transparenz und Offenheit, mit der der Vorhabenträger Trianel die betroffenen Bürger der Gemeinden regelmäßig über Details und Änderungen der Planungen informiert. Zeitgleich prüft Trianel im Kreis Höxter und im Thüringer Wald zwei weitere Standorte für Pumpspeicherkraftwerke. Ob an allen drei Standorten gebaut wird, ist ebenso noch unklar. Der Regionalrat Detmold hat die Flächen für das Projekt in Höxter jedenfalls schon frei gegeben. Ob der Kölner Regionalrat folgt wird sich zeigen.

Unterwegs: CDU-Fraktion zu Gast bei der Konrad-Adenauer-Stiftung in Wesseling

Energiewende erfolgreich kommunal umsetzen

Windenergie offshore und on-shore, Pumpspeicherkraftwerke, Photovoltaik, Kraft-Wärme-Kopplung, Netzausbau: Seit dem beschlossenen Atomausstieg ist die Energiewende und der damit verbundene gesellschaftliche Kraftakt in aller Munde. Die Energiewende ist eine „Operation am offenen Herzen der Volkswirtschaft“, sagte Bundesumweltminister Peter Altmaier auf dem Energiewende-Kongress des Bundesverbands der Deutschen Industrie. Die Umsetzung der Energiewende erfordert große Anstrengungen insbesondere auf kommunaler Ebene. Dabei spielen planerische Elemente genauso eine Rolle wie die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger.

Die CDU-Fraktion hat sich dazu am 09. November zu einem Expertengespräch im Bildungszentrum der Konrad-Adenauer-Stiftung in Wesseling eingefunden. Neben Ausführungen zu baurechtlichen und planerischen Fragestellungen wurde auch über die Herausforderungen



Fraktionsmitglieder besichtigen eine Biogasanlage

der Energiewende für regionale Entscheider u.a. am Beispiel des Klimaschutzkonzepts der Stadt St. Augustin referiert und diskutiert. Rainer Gleß, 1. Beigeordneter der Stadt Sankt Augustin, stellte das Konzept ausführlich vor.

Im anschließenden Beitrag von Josef Tumbrinck, Vorsitzender des NABU NRW, ging es vor allem um das Thema der öffentlichen Akzeptanz der Energiewende. Auf Basis der Potentialstudie „Windenergie“, die kürzlich im Rahmen des neuen Energie-Atlas NRW erschienen ist, erörterte die Gruppe mögliche Vor- und Nachteile eines Windradbooms vor allem in touristisch stark genutzten Räumen wie der Eifel oder des Hochsauerlandes.

Abgerundet wurde die Veranstaltung mit dem Besuch der nahe gelegenen Biogasanlage, die unter anderem die Konrad-Adenauer-Stiftung mit Heizwärme versorgt.

Dr. Karl-Heinz Weissbarth, Betreiber der Anlage, führte die Fraktionsmitglieder über das Gelände und erläuterte die Technik, Funktions- und Arbeitsweise der Anlage. Weissbarth wies einerseits erfreut auf die Effizienz der Anlage hin, andererseits aber auch auf nicht nachvollziehbare Wettbewerbsnachteile gegenüber etablierten Versorgern in Verhandlungen mit den Kommunen.

Termine der Fraktion

Verkehrskommission
Freitag, 01. März 2013

Fraktionssitzung
Freitag, 08. März 2013

Regionalratssitzung
Freitag, 14. März 2013

AG innovationsregion
Rheinisches Revier
Donnerstag, 11. April 2013

Die Geschäftsstelle bleibt während der Weihnachtsferien vom **24. Dezember - 05. Januar** geschlossen.

IMPRESSUM

Vorsitzender:

Stefan Götz, (verantwortlich)
Stadt Köln

stellv. Vorsitzender:

Heidi-Rackwitz Zimmermann
(Vorsitzende der Verkehrskommission)
Rhein-Sieg-Kreis

Vorsitzender des Regionalrats:

Rainer Deppe, MdL
Rheinisch-Bergischer Kreis

Beisitzer:


Franz-Michael Jansen
(Stellv. Vorsitzender der Kommission für Regionalplanung und Strukturfragen)
Kreis Heinsberg

Fraktionsgeschäftsstelle:

Sebastian Knauff
Fraktionsgeschäftsführer
Zeughausstraße 2-10
50667 Köln

Tel: 02 21 / 139 54 46
Fax: 02 21 / 139 54 51

E- Mail:
info@cdu-regionalrat-koeln.de
Internet:
www.cdu-regionalrat-koeln.de



Die **CDU-Fraktion** im Regionalrat Köln wünscht Ihnen erholsame Weihnachtsferien und einen erfolgreichen Start ins Jahr 2013